Soziales | 14.06.2024 | 169/24

Der Bund muss die Finanzierung sicherstellen

Zur heutigen Bundespressekonferenz mehrerer Freiwilligendienst-Träger und der entsprechenden Forderung der SPD-Landtagsfraktion entgegnet die jugendpolitische Sprecherin, Cornelia Schmachtenberg:

„Die Arbeit von Freiwilligendienstleistenden ist aufgrund ihrer vielfältigen Einsätze von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Dies kann nicht häufig genug betont werden. Daher sollten die Freiwilligendienste unser aller Unterstützung erfahren.

Gerade diese Unterstützung wird ihnen aber aktuell von der Ampel-Regierung im Bund verwehrt! Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Forderung eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienst-Platz, während die SPD-geführte Bundesregierung es gleichzeitig nicht schafft, das bereits bestehende Angebot an Plätzen ausreichend zu finanzieren. Im Moment hapert es doch vor allem an der fehlenden Planungssicherheit für die Träger aufgrund der vom Bund geschaffenen finanziellen Unsicherheiten. Dieses Problem zu beheben wäre weitaus dringender als der Ruf nach einem Rechtsanspruch seitens der SPD!

Eine Gleichwertigkeit der Freiwilligendienste im Vergleich zum Wehrdienst ist auch in unserem Interesse. Deshalb fordern wir bereits seit längerem ein allgemeines Dienstjahr, bei dem sich junge Menschen zwischen vielen verschiedenen Diensten entscheiden können, sei es beispielsweise bei der Bundeswehr oder im sozialen Bereich“, so Schmachtenberg.

Steven Nowak Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel Tel: 0431 988 1441 steven.nowak@cdu.ltsh.de https://www.cdu.ltsh.de